



Kritik an Müller nicht berechtigt

Die DUH darf und muss man kritisieren

Mit großer Verwunderung haben wir die Äußerungen der Jusos Erlangen in dem Artikel „Stefan Müller sorgt mit Tweet zur Umwelthilfe für Ärger“ vom 1. März über unseren Bundestagsabgeordneten wahrgenommen.

In diesem wird Stefan Müller ein Angriff auf die Grundsätze unserer Demokratie vorgeworfen. Einen solch plumpen Populismus missbilligt die Junge Union Erlangen.

„Allgemein bekannt ist, dass die Deutsche Umwelthilfe seit längerem durch ihr einseitiges Auftreten in Kritik geraten ist. Nicht zuletzt durch fragwürdige Großspenden von ausländischen Autokonzernen und ausufernden Abmahnpraktiken wird dies deutlich“, so Nicolas Bucher. Einzig erkennbare Folge des Vorgehens der DUH ist die Schädigung der deutschen Automobilindustrie und die Enteignung des „kleinen Mannes“. Die nun aufkommende Kritik ist somit unbestreitbar selbstverschuldet und berechtigt allemal dazu, die Gemeinnützigkeit der DUH zu hinterfragen. Denn wer sich anmaßt, für das Interesse der Bürger einzutreten, sich jedoch gegen diese stellt, kann nicht die Privilegien des Staates in Anspruch nehmen.

Die Forderung von Stefan Müller ist daher nur folgerichtig und entspricht unseren Anforderungen an einen Mandatsträger. Er hat Missstände erkannt, offen angesprochen und zur Diskussion gestellt.

Die Gegenmeinung unseres Bundestagsabgeordneten in polemischer Art und Weise zu diffamieren ist zu tiefst undemokratisch, verletzend und liegt wohl im Wesen der heutigen Sozialdemokraten.

„Vielleicht haben die Jusos die berechtigte Angst, dass ein Mitstreiter wie die DUH im Kampf gegen das Auto unglaublich geworden ist. Klar jedoch ist, wer Kritik an einem Abmahnunternehmen als Angriff auf die pluralistische Demokratie bezeichnet, der hat Demokratie selbst nicht verstanden“, so Sophia Schenkel.

Die Junge Union weist die Kritik am CSU-Abgeordneten Stefan Müller als unberechtigt zurück und fordert ein faktenorientiertes Verhalten der Jusos Erlangen in der Debatte.